
Newsletter 5/2007 · 15.9.2007

Wir kommunizieren Innovation

||||| Inhalt:

1. Gastbeitrag:
„Kommune, Barrierefreiheit und Web 2.0 –
Ein vorausschauendes Resümee“
2. Neues aus der Kommunalverwaltung
3. Neues vom Bund und den Bundesländern
4. Neues aus der Europäischen Union und
anderen Nationen
5. Veranstaltungen
6. Veröffentlichungen
7. Ausblick Newsletter 6/2007



Sehr geehrte Damen und Herren,

im aktuellen Newsletter präsentieren wir Ihnen in der Rubrik „Gastbeitrag“ das Thema

„Kommune, Barrierefreiheit und Web 2.0 – Ein vorausschauendes Resümee“. Wir danken dem Autor für seinen Textbeitrag und wünschen Ihnen – liebe Leserinnen und Leser – eine anregende Lektüre!

Bei Fragen oder Anregungen zu den Gastbeiträgen senden Sie uns bitte einfach eine

E-Mail an infobuero@d-nrw.de. Gerne vermitteln wir den Kontakt zu den jeweiligen Autoren.

Ihr Team vom Informationsbüro d-NRW

I. Gastbeitrag

Kommune, Barrierefreiheit und Web 2.0 – Ein vorausschauendes Resümee

Von Detlef Girke (Berater bei Barrierefrei Informieren und Kommunizieren – BIK)

Auf Basis des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes vom Mai 2002 sind in den letzten Jahren in den meisten Bundesländern Landesgleichstellungsgesetze in Kraft getreten. In den dazugehörigen Verordnungen zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik (BITV) werden zum Teil, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, auch die Kommunen in die Pflicht genommen, ihre Internetseiten zugänglich und damit behindertengerecht zu gestalten. Unabhängig von der rechtlichen Situation hat im öffentlichen Bereich ein Prozess des Umdenkens stattgefunden, welcher Strukturiertheit und Übersichtlichkeit vor direkter Informationsfülle priorisiert. Auch die Einhaltung von Standards und die damit verbundene „Validität“ der betreffenden Internetseiten begünstigt diesen Prozess und damit die wachsende Zugänglichkeit von Webinhalten.

Wie alles anfang

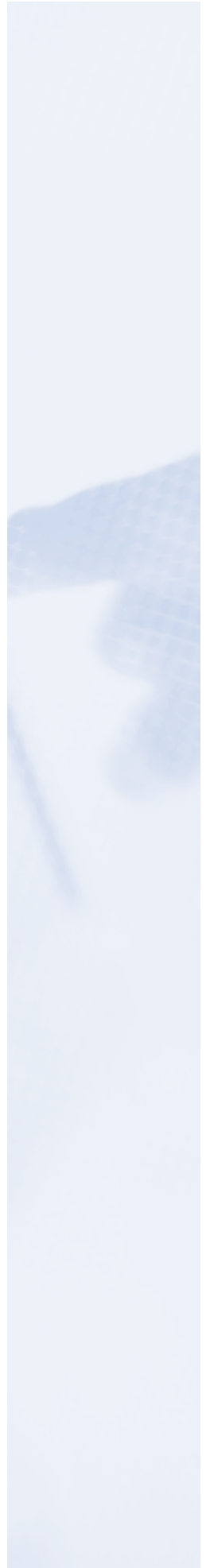
Als 2002 die BITV in Kraft trat, dominierten im Internet noch Tabellen- und Frame-Layouts. Inhalt und Gestaltungsvorgaben waren Bestandteile eines einzigen Dokuments und damit für viele behinderte Menschen nicht brauchbar. Strukturinformationen fehlten zumeist völlig. In traditioneller Weise wurde der Versuch unternommen, ein Drucklayout auf das Internet zu übertragen. Dieser Denkansatz führte bereits in der Frühzeit des Internets zur Dominanz unzugänglicher Seiten. Nur wenige Agenturen besaßen umfassendes Know-how für den Einsatz von Cascading Style Sheets (CSS) zur Gestaltung ihrer Internetseiten. Erst mit CSS ist es möglich, Inhalt und Strukturinformationen von den gestalterischen Vorgaben zu trennen. Dies ist eine der Voraussetzungen für zugängliche Internetseiten. Daraus ergibt sich eine Schlussfolgerung, die für barrierefreie Internetseiten von essentieller Bedeutung ist: All die Bereiche, die optisch voneinander abgrenzbar sind, sollen auf einer logischen Ebene, also über Strukturinformationen im Quelltext, ihre Entsprechung finden. Obgleich dieser Denkansatz dem Versuch der Übertragung eines Drucklayouts auf das Internet nicht zu widersprechen scheint, trennten beide Ansprüche im Jahr 2002 noch Welten. Es waren die technischen Voraussetzungen für den effizienten Einsatz von CSS nicht vorhanden. Ein Layout sollte in modernen und auch älteren Browsern funktionieren. Auch in solchen, die CSS nur ansatzweise unterstützten. Allein der Marktführer hatte innerhalb weniger Jahre vier unterschiedliche Versionen seines Browsers veröffentlicht. Jeder verhielt sich ein wenig anders. In jedem sollten Internetseiten gleich aussehen. Das war damals nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand oder mit Tabellenlayouts möglich. Damit standen Anbieter vor der Wahl einer ansprechenden, aber nicht zugänglichen oder einer schlichten, dafür aber zugänglichen Internetseite. Dabei zeugte der Erfolg von Angeboten wie Google oder Ebay eher davon, dass nicht das Layout, sondern das Angebot von entscheidender Bedeutung ist. Da aber nicht jeder Anbieter über eine solche „Killerapplikation“ verfügte, musste wenigstens ein schickes Kleid für die Seiten her. Zum Nachteil der Zugänglichkeit.

Heute ist alles anders

Auf der technischen Seite werden heute im Wesentlichen nur noch zwei Browsertypen beim Webdesign berücksichtigt. Die Unterstützung von CSS 2 ist, wenn auch nicht immer zur Zufriedenheit aller, zum Standard geworden. Auch die Anwendungsfelder, und damit die Zielgruppen, haben sich weiterentwickelt. Hiervon sind drei besonders hervorzuheben:

- Menschen mit Behinderungen
- Die wachsende Altersgruppe der Menschen über fünfzig
- Nutzer mobiler Endgeräte (Smartphones, PDA, ...)

Diese Gruppen haben etwas gemeinsam: Die Akzeptanz des Mediums Internet steigt mit dem Grad der zugänglichen Inhalte. Nach den Gesetzgebern haben dies auch gewerbliche Anbieter erkannt



und entsprechend gehandelt. Kaum eine Agentur, die von Barrierefreiheit noch nie etwas gehört hat. Entsprechend steigt der Anteil kommunaler Angebote, die mit ihren barrierefreien Inhalten werben. Dies nicht immer zu Recht, wie der BIK-Test der Woche auf www.bik-online.info in einigen Fällen gezeigt hat. Sofern kein Test als Bewertungsgrundlage für den Grad der Barrierefreiheit in eine Entwicklung mit einbezogen wurde, bleibt immer ein Zweifel über die Richtigkeit von Selbstauskünften über die Barrierefreiheit von Webseiten bestehen.

Neue Herausforderungen

Der Prozess der wachsenden Zugänglichkeit von Online-Informationen dauert an. Gleichzeitig ist der Anteil der Angebote, die Nutzerinnen und Nutzer mit einbeziehen, stetig gewachsen. Wikipedia, YouTube, MySpace und andere stehen für den Sammelbegriff Web 2.0. Das Web kann nicht mehr nur von Spezialisten, sondern von jeder und jedem mitgestaltet werden. Bürger-Mitwirkung und -Mitgestaltung sind dabei gerade im kommunalen Bereich jene Aspekte, die das politische Leben attraktiv machen. Stichworte wie „Virtuelles Rathaus“, „eGovernment“ oder auch „eVoting“ machen schnell klar, wohin der Zug der Zeit gehen wird. Dabei droht die Gefahr, dass die gerade aufkeimende, wachsende Zugänglichkeit der Inhalte durch neue interaktive Techniken zunichte gemacht wird. Bedenkt man, dass Web 2.0-Techniken wie AJAX (Asynchronous JavaScript and XML) die Möglichkeit bieten, dass sich Inhalte auf einer Internetseite verändern, ohne dass die gesamte Seite neu aufgerufen werden muss, wird schnell klar, dass dies die Nutzung von Behinderten-Hilfsmitteln einschränken kann.

Ganze Textverarbeitungs- oder Tabellenkalkulations-Programme sind im Internet verfügbar, ohne dass irgendetwas zusätzlich auf dem Rechner installiert werden muss. Solche, unbestritten hoch innovativen Anwendungen sind leider nur für die gleiche Zielgruppe leicht nutzbar, die auch 2002 das Internet unabhängig vom Grad der Zugänglichkeit nutzen konnte. Wie damals ist der gleiche Nutzerkreis ausgeschlossen. Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Menschen, gerade noch im Aufsteigen begriffen, drohen wieder zu schrumpfen. Das muss selbstverständlich nicht sein. Nicht nur das etablierte Netzwerk an Projekten und Aktivitäten, welches sich um eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Belange behinderter Menschen im Internet kümmert, sondern alle Anbieter, die gerade noch stolz mit der Barrierefreiheit ihres Auftrittes werben konnten, haben ein vitales Interesse am Erhalt des erreichten Zugänglichkeitsgrades. Die gesetzlichen Bestimmungen sind mit den neuen technischen Möglichkeiten nicht außer Kraft gesetzt, was öffentliche Anbieter dazu zwingt, sich mit dem Thema „Web 2.0 und Barrierefreiheit“ auseinanderzusetzen.

Gerade Techniken wie AJAX stellen sowohl für Webanbieter als auch für Hilfsmittelhersteller eine Herausforderung dar. Der Begriff der Barrierefreiheit bedarf einer Überarbeitung. Beispielsweise müssen zwischen Verweisen heutzutage keine lesbaren Zeichen mehr stehen, wie es die WCAG 1.0 und damit die BITV noch fordern. Heutige Hilfsmittel können Verweise unter fast allen gegebenen Umständen voneinander trennen. Wenn Barrierefreiheit bisher die Zugänglichkeit von Information bedeutete, muss der Begriff heutzutage um die Zugänglichkeit der Interaktion erweitert werden, damit gerade auf der kommunalen Ebene eine Mitwirkung sowie die Nutzung öffentlicher Dienstleistungen über das Internet erst möglich wird.



2. Neues aus der Kommunalverwaltung

4.9.2007

Bielefeld: Neu dekoriertes Stadtfenster

Das Online-Portal der Stadt Bielefeld wurde inhaltlich und optisch neu gestaltet. Dabei spielte die Barrierefreiheit eine entscheidende Rolle. Wie die Stadtverwaltung mitteilt, erscheint die Website nicht nur in neuem Design, sondern wurde auch barrierefrei gestaltet. Während Inhalte und Funktionalitäten stets erweitert wurden, war das digitale Stadtfenster seit Februar 2000 optisch nicht verändert worden. Das Re-Design sollte mit inhaltlich-funktionalen Erweiterungen und Optimierungen kombiniert werden. Ziel war es, Form und Inhalt einer zeitgemäßen Web-Architektur anzupassen, ohne bewährte Elemente aufzugeben. 2007 wurden die Online-Angebote Bebauungsplan, Flächennutzungsplan und Wunschkennzeichen-Reservierung realisiert, Führerscheinanträge und Gewerbergisterauskunft stehen kurz vor dem Roll-out.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6822f>

www.bielefeld.de

24.8.2007

Friedrichshafen: „Leuchtturmprojekt T-City“

Zu einer Musterstadt in Sachen Telekommunikation soll Friedrichshafen am Bodensee bis zum Jahre 2012 werden. Ein Rahmenvertrag wurde dazu jetzt von der Deutschen Telekom und von Vertretern Friedrichshafens unterzeichnet. Friedrichshafen hatte den Telekom-Wettbewerb gewonnen und war zur „T-City“ erklärt worden; im April wurde mit dem Beginn des Netzaufbaus begonnen. Insgesamt hatten sich 52 Städte an dem Wettbewerb beteiligt, von denen zehn die Finalrunde erreichen konnten. Die Stadt soll als eine der ersten in Deutschland nahezu flächendeckend Anschluss sowohl an das Mobilfunk-Hochgeschwindigkeitsnetz (UMTS) als auch an das Glasfaser-Breitbandnetz mit VDSL-Endkundenanschlüssen der Telekom erhalten. Für den Ausbau der Infrastruktur wendet die Telekom 35 Millionen Euro auf. Weitere 80 Millionen Euro stellt sie für die Verwirklichung der Projektideen zur Verfügung.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

<http://www.friedrichshafen.de/showobject.phtml?object=tx|995.3780.1|0&ModID=7&FID=995.4240.1&>



16.8.2007

Dortmund: Ein neues Portal für die Kultur

Die Stadt Dortmund schaltet eine Seite rund um das Kulturhauptstadt-Jahr frei. Zum Kulturhauptstadt-Jahr 2010 gibt es bereits jetzt mehrere Projekte und Informationen. Um dem Nutzer einen gebündelten Überblick über alles zu ermöglichen, hat die Stadt Dortmund ein Internetportal geschaffen. Bisher sind rund 60 Dortmunder Projektvorschläge eingegangen, die Teil des Portals werden möchten. Geplant sind Informationen unter anderem zu einer Ausstellung zu René Magritte und dem Festival „Klangvokal“. Schwerpunkte auf der Internetseite sind die Bereiche „Dortmund_für die Musik“, „Dortmund_mit Sinn für Kunst und Kreative“ und „Dortmund_Stadt der neuen Lebenskulturen“.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

http://www.media.nrw.de/media2/site/?id=73&no_cache=1&tx_ttnews%5bbackPid%5d=59&tx_ttnews%5bt_news%5d=53574

<http://www.ruhr2010.dortmund.de/ruhr2010/project/assets/template1.jsp?tid=73753&smi=1.0&nid=0&ncode=grossprojekte.ruhr2010&ntitle=Aktuelle%20Beitr%e4ge>

13.8.2007

Neuigkeiten als RSS-Feeds

Die Website der Stadt Magdeburg bietet ab sofort die Möglichkeit, RSS-Feeds zu abonnieren. Bürger erhalten so aktuelle Meldungen aus dem Stadtrat oder Veranstaltungstipps. Zurzeit stehen für ein derartiges Abonnement die aktuellen Pressemeldungen der Stadt und der Veranstaltungskalender der Magdeburger Marketing Kongress und Tourismus GmbH zur Verfügung. Wie die Stadt in einer Presseinformation mitteilt, bietet die RSS-Technologie auch die Möglichkeit, im Katastrophenfall, etwa bei Hochwasser oder Sturm, den Internet-Nutzern zeitnah Informationen zu liefern.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6753f>

<http://www.presse-service.de/data.cfm/static/671828F.html>

7.8.2007

Lübeck mit neuem Internet-Forum zum Naturschutz

Für alle Themen rund um die Lübecker Natur bietet die Hansestadt ab sofort ein moderiertes öffentliches Online-Forum an. Die Lübecker Verwaltung geht damit nach eigenen Worten einen „kleinen, aber bedeutenden Schritt zur Öffnung der Verwaltung zum elektronischen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern“. Das neue Serviceangebot wendet sich an alle, die sich für die Themen Naturschutz, Naturerleben und naturnahe Erholung im Lübecker Raum interessieren. „Dabei können Fragen von unseren Experten fachkundig beantwortet werden, untereinander Tipps und Erfahrungen ausgetauscht oder aktuelle Themen miteinander online diskutiert werden“, erläuterte Umweltsenator Thorsten Geißler.

Quelle: Stadt Lübeck

Weitere Informationen:

<http://foren.luebeck.de/>

7.8.2007

Kfz-Zulassung per Internet und Handy in Hamburg

In Hamburg wird derzeit ein Verfahren entwickelt, mit dem Autofahrer ihre Fahrzeuge in Zukunft online und über Mobiltelefone registrieren lassen können. Das Vorhaben findet im Rahmen der nationalen E-Government-Strategie „Deutschland-Online“ statt. Lange Wartezeiten in stickigen Amtsstuben bei der Kfz-Anmeldung sollen bald der Vergangenheit angehören. Wie die Berliner Zeitung berichtet, arbeiten Experten mit Hochdruck an der Entwicklung einer Online-Fahrzeugregistrierung. Unter der Federführung der Finanzbehörde Hamburg sind rund 120 Mitarbeiter privater und öffentlicher Einrichtungen an dem Vorhaben beteiligt, u. a. von TÜV, Dekra und Handelskammern. Anfang 2008 sollen erste Ergebnisse vorliegen, z. B. zu der Frage, wie die notwendigen Aufkleber für das Nummernschild online vergeben werden können.

Quelle: Berliner Zeitung

Weitere Informationen:

http://www.deutschland-online.de/DOL_Internet/broker.jsp?uMen=c1e10482-4b88-e011-4fbf-1b1ac0c2f214

3. Neues vom Bund und den Bundesländern

3.9.2007

Hessen: Keine Zweifel bei Wahlcomputern

Obwohl die Gefahr von Wahlcomputer-Hacking nicht auszuschließen ist, sieht das hessische Innenministerium keine Probleme für den Einsatz der umstrittenen Geräte bei der kommenden Landtagswahl. Nach Meinung des Ministeriums vereinfachten die elektronischen Wahlgeräte die Stimmauswertung und führten schneller zu Ergebnissen. Verantwortlich für den Einsatz seien allerdings Gemeinden und Kommunen. Sie müssten die Wahlhelfer im Umgang mit den Geräten entsprechend ausbilden, um einen Missbrauch zu verhindern. „Wenn wir erhebliche Zweifel an der Technik hätten, würden wir den Einsatz nicht zulassen“, sagte Ministeriumssprecher Michael Bußer. Der Chaos Computer Club (CCC) hatte bereits im Frühjahr die Sicherheitsmängel von Wahlcomputern kritisiert.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

<http://www.ccc.de/press/releases/2007/20070609/nedapReport54.pdf>

3.9.2007

Barrierefreiheit kommunaler Portale

Eine Umfrage zum Thema Barrierefreiheit hat das Informationsbüro d-NRW unter ausgewählten Kommunen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Danach ist laut Informationsbüro d-NRW der Beratungsbedarf bei der Erstellung von Projekt- und Finanzplänen, gegebenenfalls einer Ausschreibung oder der Modellierung von Public-Private-Partnership-Modellen für einen Relaunch des eigenen Internet-Auftritts größer als die Erklärung der Anforderungen zur Barrierefreiheit im Detail. Ein weiteres Ergebnis: Kreise und kreisfreie Städte sehen im Vergleich zu kreisabhängigen Gemeinden mehr Chancen in der Entwicklung hin zu einem umfangreichen Stadtportal, möglichst mit Web-2.0-Techniken, das trotzdem barrierefrei ist. In Nordrhein-Westfalen müssen die Internet-Auftritte der öffentlichen wie auch der kommunalen Verwaltungen bis Ende 2008 den Kriterien der Barrierefreiheit entsprechen.

Quelle: Informationsbüro d-NRW

Weitere Informationen:

<http://www.egovernmentplattform.de/index.php?id=82>

<http://www.kommune21.de/index.php?sect=meldung&xid=6818>

30.8.2007

Schulprojekt sh2I BASIS erfolgreich beendet

Mitte 2007 knallten die Sektkorken. Bis dahin sollten ganzheitliche, übertragbare Systemlösungen für den schulischen Einsatz von IT im Unterricht im Rahmen eines Pilotprojekts für das Land Schleswig-Holstein entwickelt werden. Die Projektpartner haben, so der Newsletter von MATERNA, das dreijährige Schulprojekt sh2I erfolgreich beendet und damit ihr Ziel erreicht, dauerhaft finanzierbare Systemlösungen für den IT-Einsatz im Unterricht zu entwickeln. Insgesamt setzen heute mehr als 50 Schulen die erarbeiteten Lösungen ein. sh2I BASIS hat eine zuverlässige, leicht bedienbare IT-Ausstattung entwickelt, die Hardware- und Softwarekomponenten beinhaltet. Diese entlastet die Lehrkräfte von technischen und administrativen Tätigkeiten und stellt Unterrichtsinhalte auf Knopfdruck bereit. sh2I BASIS wurde initiiert und begleitet durch das Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein und von den Kommunalen Landesverbänden Schleswig-Holsteins. Projektpartner waren Dataport, das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein und MATERNA.

Quelle: MATERNA

Weitere Informationen:

<http://sh2I.lernnetz.de>

28.8.2007

Besserer Schutz vor Spionage

Durch Wirtschafts- und Konkurrenzspionage entsteht in Deutschland jährlich ein Schaden zwischen 20 bis 40 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Fast jedes Unternehmen kann zum Ziel für Computerattacken werden. Hier setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an und bietet Firmen eine kostenlose Beratung zum Schutz vor Produktpiraterie im Falle ausländischer Übergriffe an.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

http://www.media.nrw.de/media2/site/index.php?id=73&tx_ttnews%5Btt_news%5D=53614&chash=308cb8814f

http://www.im.nrw.de/pm/270807_1199.html

<http://www.im.nrw.de/sch/617.htm>

22.8.2007

Rheinland-Pfalz: Regionenübergreifende Informationen aus regionalen Raumordnungsplänen digital abrufbar

Alle an Planungsprozessen des Landes Rheinland-Pfalz Beteiligte und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger können jetzt regionenübergreifende Informationen aus den regionalen Raumordnungsplänen abrufen. Die aktuellen regionalen Raumordnungspläne der Planungsgemeinschaften in Rheinland-Pfalz wurden mit Hilfe von Geographischen Informationssystemen erstellt. Sie liegen somit in digitaler Form vor. Im Zuge des Aufbaus einer landes- und bundesweit abgestimmten Geodateninfrastruktur (GDI-RP / GDI-DE) ist die Gesamtschau der regionalen Raumordnungspläne ebenso digital verfügbar.

Quelle: Behörden Spiegel Online

Weitere Informationen:

<http://www.regionale-raumordnungsplaene.rlp.de/>

http://geoportal.bkg.bund.de/DE/Home/homepage__node.html

<http://www.geoportal.rlp.de/>

17.8.2007

Anerkennung für Online-Sicherheit. Online-Portal Klicksafe.de gewinnt World Summit Award Germany

Klicksafe.de, die von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz angebotene Webseite, konnte sich in der Kategorie e-Inclusion des von den UN vergebenen World Summit Award Germany mit Informationen rund um das Thema Sicherheit im Internet als Sieger behaupten. Ausschlaggebend dafür war das integrative Onlineangebot der Seite und die besondere Umsetzung des Projektes als Weblösung. Gestalterisch-technische Aspekte des Klicksafe Portals haben die Jury ebenso überzeugt wie Funktionalität und die Umsetzung von Design und Handhabung.

Quelle: MediaNRW

Weitere Informationen:

http://www.media.nrw.de/media2/site/?id=73&no_cache=1&tx_ttnews%5bbackPid%5d=59&tx_ttnews%5bttn_news%5d=53575

<http://www.klicksafe.de/>

17.8.2007

Erstes Deutschland-Online Projekt startet bundesweit: Schwerlasttransporte werden nun online genehmigt

Langes Warten bei den jährlich rund 350.000 Anhörungsfällen für Genehmigungen von Groß- und Schwertransporten ist passé. Seit August 2007 beschleunigt ein neues Verfahren für die Online-Beantragung den gesamten Genehmigungsprozess. Mit der Einführung des Verfahrensmanagements für Großraum- und Schwertransporte (VEMAGS) werden die komplexen Genehmigungsschritte seit dem 7. August in einem bundesweit arbeitenden Verfahren zusammengefasst.

Quelle: bremen online services

Weitere Informationen:

http://www.bos-bremen.de/presse/mitteilungen/2007_08_17.html

<http://www.vemags.de>

13.8.2007

Bundeswirtschaftsministerium für die vollelektronische Vergabe öffentlicher Aufträge

Die Zeit schriftlicher – mit „schwarzer Tinte auf weißem Papier“ erstellt – Angebote im Vergabeverfahren soll bei Beschaffungen des Bundes bald der Vergangenheit angehören.

Walther Otremba, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, erklärte: „Die vollständige Digitalisierung des Vergabeprozesses in Deutschland verstehen wir als gemeinsame Aufgabe der Bundesregierung und der Wirtschaft mit Signalwirkung in die Länder.“ Nahziel sei es, über die Vergabeplattform des Bundes eine vollelektronische Kommunikation zwischen den Vergabestellen des Bundes und der Wirtschaft zu ermöglichen. Darüber hinaus soll die Interoperabilität aller bestehenden Vergabeplattformen in Deutschland z. B. über ein gemeinsames Bieter-tool hergestellt werden.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Weitere Informationen:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=214062.html>

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/stufenplan-empfehlung-elektronische-angebotsabgabe,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

<http://www.evergabe-online.de/>

9.8.2007

E-Government-Forschung in NRW: Aktuelle Studie des Informationsbüros d-NRW identifiziert Akteure, Themen und Trends

Das Informationsbüro d-NRW übergab dem Wissenschaftsforum Ruhr vertreten durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. Grönemeyer am 9. August in Schwerte eine Studie zum Stand der E-Government-Forschung in NRW. Die Studie wurde vom IMTM der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt. Die Ergebnisse wurden von den etwa 60 Teilnehmern der Veranstaltung aus Verwaltung und Wissenschaft vielfältig diskutiert. In der Studie wird festgestellt, dass der Bedarf an Forschung in der Verwaltung stärker sichtbar gemacht werden muss. Gleichzeitig müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an E-Government-Themen forschen, stärker in Erscheinung treten.

Quelle: Informationsbüro d-NRW

Weitere Informationen:

[http://www.egovernmentplattform.de/index.php?id=38&tx_ttnews\[tt_news\]=954&tx_ttnews\[backPid\]=3&cHash=55e39a5dae](http://www.egovernmentplattform.de/index.php?id=38&tx_ttnews[tt_news]=954&tx_ttnews[backPid]=3&cHash=55e39a5dae)

<http://www.egovernmentplattform.de/index.php?id=137>

8.8.2007

Bundesregierung beschließt zentrale Lohnsteuerdatei

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 8. August 2007 den Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2008 beschlossen. Gegenstand des Entwurfs ist u.a. die Einrichtung einer zentralen Datei für alle Steuerdaten. Dieser sieht vor, die Verfahren der Papier-Lohnsteuerkarten durch ein elektronisches Verfahren zu ersetzen. Das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn soll dazu eine zentrale Datenbank mit allen für die Lohnsteuer relevanten Daten aller Bürger aufbauen.

Quelle: Heise Online

Weitere Informationen:

http://www.bfdi.bund.de/cln_029/nn_533554/DE/Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/2007/PM32-07Steuerdatei.html

http://www.bundesfinanzministerium.de/cln_03/nn_54/DE/Aktuelles/Aktuelle_Gesetze/Gesetzentwuerfe_Arbeitsfassungen/046.html_nnn=true

6.8.2007

Vernetzung der Meldeportale

Die Länder Bayern und Baden-Württemberg arbeiteten im Meldewesen zusammen an der Entwicklung eines Auskunftssystems, genannt „MeldIT“, welches sie noch getrennt voneinander einsetzen. Nun sollen die Meldeportale untereinander vernetzt werden. MeldIT ist ein datenbank- und plattformunabhängiges Auskunftssystem von Melderegisterdaten für Wirtschaft, Behörden und Bürger, welches die Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und die Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW) in einer Kooperation entwickelt haben.

Quelle: Kommune 21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.org/index.php?sect=meldung&xid=6733>

www.dzbw.de

www.akdb.de

www.dvv-meldeportal.de

3.8.2007

Schönbohm: Brandenburgs Polizei bleibt Online-Schrittmacher

Seit dem 1. August gibt es für Temposünder erstmals in Deutschland via Internet einen direkten Draht zur Bußgeldstelle der Polizei. Brandenburgs Polizei-Internetwache öffnet nach zweimonatiger erfolgreicher Testphase die Online-Tür für „owi interaktiv“ (Ordnungswidrigkeiten interaktiv). Von nun an können Betroffene bei erhobenen Buß- und Verwarnungsgeldern in Brandenburg einen Teil ihres Verwaltungsvorgangs online einsehen und bearbeiten. Innenminister Jörg Schönbohm bezeichnete den neuen elektronischen Service als Beispiel moderner Verwaltungsarbeit.

Quelle: Polizei Brandenburg

Weitere Informationen:

<http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/list.php?template=index>

25.7.2007

Signaturgesetz: Dokumente müssen bis Jahresende neu signiert werden

Bis zum 31. Dezember 2007 müssen zur Sicherung der Beweiskraft alle signierten Daten mit einem Zeitstempel nachsigniert werden. Das aktuelle deutsche Signaturgesetz schreibt zum 1. Januar 2008 die Verwendung neuer Schlüssellängen zur Erstellung von qualifizierten elektronischen Signaturen und Zeitstempeln vor. Darauf macht der Zertifizierungsanbieter AuthentiDate aufmerksam. Die aktuellen Schlüssel werden zum Ende des Jahres ungültig. Dokumente mit Signaturen, deren Beweiskraft über den 31. Dezember 2007 erhalten bleiben soll, müssen vor dem 31. Dezember 2007 mit einer „neuen“ Signatur bzw. einem neuen Zeitstempel nachsigniert werden.

Quelle: AuthentiDate

Weitere Informationen:

http://www.bundesnetzagentur.de/enid/924678f43de0c67d2a23e8a83f821c7b,0/Veroeffentlichungen/Algorithmen_sw.html

<http://www.authentidate.de/index.php?id=364>

4. Neues aus der Europäischen Union und anderen Nationen

5.9.2007

Neues Diskussionsforum auf www.europa.nrw.de. Dialog für Europa

Unter der wesentlich überarbeiteten Internetseite des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, steht ab sofort ein neues Diskussionsforum zur Verfügung. Hier können ausgewählte Reden und Grußworte der Landesregierung zu Europa- und internationalen Angelegenheiten kommentiert werden. Damit wird der direkte Dialog mit Minister Michael Breuer verstärkt, der regelmäßig in die Website klickt, um unter anderem über das Internet auf dem Laufenden zu bleiben, was die Öffentlichkeit über Europa und das internationale Engagement der Landesregierung denkt. Mit der Kommentar-Funktion erweitert die Landesregierung ihr interaktives Internet-Angebot um eine neue, zeitgemäße Funktion. In den nächsten Wochen und Monaten folgen weitere Neuheiten. Minister Michael Breuer: „Wir nutzen die volle Bandbreite des Internets, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu stärken. Die jüngste Überarbeitung der Europa-Seite von NRW mit Podcasts, neuen Inhalten und interaktiven Elementen ist ein großer Erfolg geworden und kommt insbesondere bei jungen Menschen sehr gut an.“

Quelle: Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW

Weitere Informationen:

<http://www.europa.nrw.de/comment/>

<http://www.europa.nrw.de/de/index.html>

29.8.2007

E-Government-Vereinbarung des Bundes mit den Kantonen

Die Verwaltung aller Stufen soll dank Elektronik möglichst bürgernah, effizient und wirtschaftlich werden. Dies sieht die E-Government-Strategie der Schweiz vor. Der Bundesrat hat am Mittwoch eine Rahmenvereinbarung mit den Kantonen verabschiedet. Die Strategie definiert drei Ziele:

1. Die Wirtschaft wickelt den Verkehr mit den Behörden elektronisch ab. 2. Die Behörden haben ihre Geschäftsprozesse modernisiert und verkehren untereinander elektronisch. 3. Die Bevölkerung kann die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln.

Quelle: baz.ch

Weitere Informationen:

<http://www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/index.html?lang=de&msg-id=14204>

29.8.2007

Kostenloser, drahtloser Zugang ins Internet ist in Szklarska Poręba überall möglich.

In der polnischen Stadt haben ortsansässige Unternehmen zusammen mit der irischen Firma free-hotspot.com ein WLAN-Netz aufgebaut. Der polnische Touristenort Szklarska Poręba verfügt damit über ein kostenloses WLAN-Stadtnetz. Wie die irische Firma free-hotspot.com mitteilt, verteilen sich die Hotspots auf über 50 Hotels, Restaurants, Cafés und andere Plätze im Stadtzentrum und den angrenzenden Gebieten. Der Aufbau der FREE HotSpot Zone wurde in Kooperation mit der Stadtverwaltung realisiert.

Quelle: Kommune21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?menu=§=meldung&xid=6800%20-%2019k%20->

http://www.free-hotspot.com/german/de_press_release29.htm

24.8.2007

Stop für Online-Wahlen gefordert

Das Urteil der Wahlkommission über die britischen Online-Wahlen im Mai dieses Jahres lautet: Unzureichende Tests und eine mangelhafte Planung haben zu Problemen geführt. E-Voting sollte eingestellt werden, bis die Regierung die Durchführung der Wahlen reformiert hat.

In Großbritannien hat die Wahlkommission ihren Bericht zu den Online-Wahlen vom Mai dieses Jahres vorgelegt. Wie der britische Branchendienst Kablet berichtet, fordert die Kommission einen Stop der Telefon- und Internet-Wahlen bis bessere Sicherheitsmaßnahmen und eine klare Strategie zur Modernisierung des Wahlvorgangs vorliegen.

Quelle: Kommune 21

Weitere Informationen:

<http://www.kommune21.de/index.php?sect=meldung&xid=6791>

http://www.openrightsgroup.org/wp-content/uploads/org_election_report.pdf

15.8.2007

Informatikstrategieorgan Bund wird zur Anlaufstelle für E-Government

Das Informatikstrategieorgan Bund (ISB) wird die Geschäftsstelle des E-Government-Programms Schweiz führen und hat damit die Funktion einer Anlaufstelle für E-Government in der Schweiz. Dies erklärte Peter Fischer, der neue Vorsteher des ISB, der Netzwoche. Der nächste Schritt im E-Government ist die Gründung eines Steuerungsausschusses, der aus Bund, Kantonen und Gemeinden zusammengesetzt ist und dessen Vorsteher Bundesrat Merz sein wird.

Quelle: netzwoche

Weitere Informationen:

<http://www.netzwoche.ch/News/SendRecommandationNews.aspx?ObjectId=31821&ObjectType=1&Digest=F8oT5p9EV2p6QH6X+2Mq5Q&AspxAutoDetectCookieSupport=1>

3.8.2007

DVDV und PortalU im Finale der eEurope-Awards 2007

Große Ehre für das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) und die Umweltseite PortalU: Beim Wettbewerb „eEurope Awards“ hat die EU-Kommission 53 Finalisten nominiert, darunter auch zwei deutsche. Die Preise werden am 20. September auf der E-Government-Ministerkonferenz in Lissabon verliehen. In diesem Jahr waren bei den eEurope Awards 311 Projekte aus 32 europäischen Ländern eingereicht worden. Die Kategorien entsprechen den vier Hauptthemenfeldern der Lissabonner Ministerkonferenz: Wachstum und Arbeitsmarkt, Partizipation und Transparenz, Soziale Wirkung und Zusammenhalt, Effektive und effiziente Verwaltung.

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Weitere Informationen:

http://www.bva.bund.de/cln_051/nn_372242/sid_4A4CA7FB6CCEA7DC6193ABI0F317B78A/BIT/DE/Meldungen/DVDV/2007/20070803_eEurope-Awards2007.html?_nn=true

<http://www.epractice.eu/awards>



5. Veranstaltungen

25.–27.9.2007, Leipzig

Kongressmesse INTERGEO

Mit über 17.000 erwarteten Besuchern und Delegierten aus über 80 Ländern ist die Intergeo der größte Branchentreff für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement in Europa. Sie wird gemeinsam von der Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement (DVW) und der Deutschen Gesellschaft für Kartographie (DGfK) veranstaltet. Auf dem Kongress werden die neuesten Branchenentwicklungen diskutiert und präsentiert. Themen sind u. a. Geodaten-Infrastruktur, Nutzung von Geoinformationen und 3D-Datenerfassung und Modellierung.

Weitere Informationen:

<http://www.intergeo.de/deutsch/page/main/index.php>

25.–27.9.2007, Köln

DMS EXPO

Die DMS EXPO ist eine Fachmesse und -konferenz für elektronisches Informations-, Content- und Dokumentenmanagement. Zahlreiche Aussteller informieren vor Ort darüber, wie Firmenkorrespondenz, Aufträge, Rechnungen, E-Mails und vieles mehr so abgelegt werden kann, dass alles innerhalb weniger Augenblicke wiedergefunden werden kann. Bei Vorträgen, in Foren und Workshops besteht außerdem die Möglichkeit, die neuesten Entwicklungen in diesen Bereichen zu diskutieren.

Weitere Informationen:

<http://www.dms-expo.de/>

11.–12.10.2007, Berlin

Wissen schafft Wirtschaft: E-Government-Summit 2007

Unter dem Motto „WissenSchafftWirtschaft“ lädt das E-Government-Kompetenznetzwerk „Amt24“ erstmals zu einem E-Government-Summit ein. Eingeladen sind Wissenschaftler und Unternehmer, die im Bereich E-Government tätig sind. Amt24 möchte mit dieser Initiative dazu beitragen, Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen nutzbar zu machen.

Weitere Informationen:

<http://summit.amt24.de/index.html>

22.10.2007, Hanau

Fachkongress Verwaltungsmodernisierung und E-Government

Der Kongress widmet sich in verschiedenen Seminarblöcken den aktuellen Fragestellungen für die Hessische Verwaltung. Zum Thema Verwaltungsmodernisierung sind folgende Inhalte geplant: Verwaltungsstrukturreform, Privatisierung, Neues Haushaltsrecht und das Standard-Kosten-Modell. Zum Thema E-Government stehen das Hessenportal, Dokumentenmanagement, Hessen Corporate Network und Ressort- und verwaltungsübergreifende IT-Anwendungen auf der Agenda. Ausgerichtet wird die Veranstaltung von der Hessischen Staatskanzlei und dem Hessischen Ministerium des Innern.

Weitere Informationen:

http://www.egovernment.hessen.de/irj/eGovernment_Internet?uid=2b950399-ad1e-6111-33e2-dc44e9169fcc

30.10.2007, Dresden

Jahreskongress der Initiative D2I

E-Partizipation und Web 2.0 sind die großen Themen des D2I-Jahreskongresses, dessen Ziel es ist, wachzurütteln, Impulse zu geben und neue Denkanstöße zu fördern. Was kann das Web 2.0 leisten? Welchen Beitrag leisten Politik, Wirtschaft und Medien für die Informationsgesellschaft? Und welche Bedeutung spielt dabei die so genannte Digitale Bürgergesellschaft? Diese und weitere Fragen sollen in Vorträgen und Foren diskutiert werden. Folgende Diskussionsforen sind für den Nachmittag angesetzt: „Die politische Realität in der digitalen Welt“, „Migration, Integration und Neue Medien“, „Web 2.0 auch im Bildungsbereich“, „E-Health und Telemonitoring – Partizipation für Patienten“, „Partizipation nur mit Breitbandinternet?“.

Weitere Informationen:

www.initiatived2i.de/Einleitung.249.0.html

7.11.2007, Düsseldorf

e-nrw

Die Kongressmesse „e-nrw“ wird vom Behörden Spiegel in Zusammenarbeit mit der Landesregierung NRW veranstaltet. Hier treffen sich die Top-Entscheider von Land und Kommunen, um aktuelle Themen zu diskutieren und die Kongressmesse als Plattform zum Meinungsaustausch und zum Kontakt zu den Lieferanten und Beratern zu nutzen.

Weitere Informationen:

www.e-nrw.info

6. Veröffentlichungen

Verwaltungen in der Schuldenfalle – Strategien und Instrumente zur Haushaltskonsolidierung

[Hrsg: Dr. Michael Grimberg, Prof. Dr. Jürgen Stember, Matthias Knödler]

[Band 8 der Schriften zur angewandten Verwaltungsforschung]

Für den neu erschienenen Band 8 der Schriften zur angewandten Verwaltungsforschung im An-Institut PubliCConsult der Hochschule Harz am Fachbereich Verwaltungswissenschaften konnten viele Experten aus dem öffentlichen und auch privatwirtschaftlichen Bereich zum Thema der Haushaltskonsolidierung in den Kommunen gewonnen werden. Es handelt sich um Vorträge und Workshops der Praxismesse 2007 in Halberstadt.

Die 5. Halberstädter Praxismesse am Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz mit dem Thema „Verwaltungen in der Schuldenfalle“ hat sich im April 2007 mit Strategien und Instrumenten (u.a. mit E-Government) zur Haushaltskonsolidierung befasst. Veranstalter der Praxismesse waren das An-Institut „PubliCConsult“ der Hochschule Harz und die Wirtschaftsprüfungs-, Steuerberatungsgesellschaft und Rechtsanwaltskanzlei Rödl & Partner. Ziel der Veranstaltung war es, den Kommunalverwaltungen durch Einbeziehung von Modellkommunen sowie aus Berater- und wissenschaftlicher Sicht praktische Empfehlungen und Anregungen zur Konsolidierung der angespannten Haushalte zu vermitteln.

Zu beziehen über:

<http://www.verlag-karla-grimberg.com/Band%208%20Praxismesse.doc>



E-Government-Forschung in NRW: Identifizierung von Akteuren, Themen, Trends

[Herausgeber: Informationsbüro d-NRW]

Das komplexe Thema E-Government spielt innerhalb der öffentlichen Verwaltung eine immer wichtigere Rolle, da die elektronische Abwicklung von Prozessen einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Verwaltungskosten insgesamt leisten kann. Fundierte wissenschaftliche Forschungsergebnisse können die Verwaltungen bei der Erneuerung unterstützen. In NRW sind verschiedene Akteure auf diesem Feld aktiv, einen systematischen Überblick über den Stand der nordrhein-westfälischen E-Government-Forschung gibt die vorliegende Studie des Informationsbüros d-NRW. Diese wurde im Auftrag durch den Lehrstuhl Informations- und Technikmanagement (IMTM) am Institut für Arbeitswissenschaften (IAW) der Ruhr-Universität Bochum erstellt. Die Stärken und Schwächen der E-Government-Forschung in NRW wurden in einem mehrstufigen Untersuchungsverlauf ermittelt und Forschungsbedarfe abgeleitet.

Zu beziehen über:

<http://www.egovernmentplattform.de/index.php?id=31>

<http://www.egovernmentplattform.de/index.php?id=137&L=0>

Prozessorientierte Verwaltungsmodernisierung

[Jörg Becker, Lars Algermissen, Thorsten Falk]

[Reihe Management Praxis]

Die systematische Auseinandersetzung mit Verwaltungsabläufen steht im Mittelpunkt dieses Werks. Die Autoren stellen dazu die PICTURE-Methode vor, welche IT- und Organisationsverantwortliche in die Lage versetzen soll, mit Hilfe von standardisierten und wieder verwendbaren Prozessbausteinen die Prozesslandschaft einer Verwaltung so zu beschreiben, dass sich aktuelle Modernisierungsziele schneller, ressourcenschonender und qualitativ hochwertiger erreichen lassen. Das Buch wendet sich an Führungskräfte aus den Bereichen Organisation und IT im öffentlichen Sektor in Deutschland.

Zu beziehen über:

<http://www.springer.com/dal/home?SGWID=1-102-22-173727149-0&changeHeader=true>

7. Ausblick Newsletter 6/2007

In der nächsten Ausgabe wird sich der Gastbeitrag von Staatssekretär Johann Hahlen (BMI) mit dem Thema „Auf dem Weg zu durchgängigem E-Government: Europa vernetzt die Verwaltung“ beschäftigen.

→ Ihr Feedback ist uns wichtig

Haben Sie Anregungen, Ideen, Themenwünsche oder Kritik zu unserem Newsletter, dann lassen Sie es uns auf jeden Fall wissen.

Gerne nehmen wir ihr Feedback entgegen und versuchen es bei der nächsten Veröffentlichung zu berücksichtigen.

Schreiben Sie einfach an folgende email-Adresse: infobuero@d-nrw.de

Hinweise, Impressum, Kontakt:

Dies ist der kostenlose Newsletter des Informationsbüro d-NRW.

Zum An- und Abmelden benutzen Sie bitte die entsprechenden Formulare unter

<http://www.egovernmentplattform.de/Newsletter.33.0.html>

Impressum:

<http://www.egovernmentplattform.de/Impressum.31.0.html>

Kontakt:

Informationsbüro d-NRW

Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG

Lise-Meitner-Allee 4

44801 Bochum

Fon: +49 234 43870-325

Fax: +49 234 43870-335

E-Mail: infobuero@d-nrw.de

Internet: www.egovernmentplattform.de

Die in dieser E-Mail enthaltenen Informationen geben lediglich den Kenntnisstand des Informationsbüros d-NRW zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Newsletters wieder.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Informationen aufgrund der Erscheinungsperiode nicht mehr aktuell sein können.

Förderung und Unterstützung durch:

Europäische Union, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Land NRW

In Kooperation mit: European Society for eGovernment e.V.



Europäische Union und
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung



European Society for
eGovernment e.V.

Gestaltung: www.graphische-formgebung.de